

Attac unterstützt Bundestagspetition für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege

Mensch vor Profit: Für eine Pflege in Würde

Am 14. Januar ging eine von dem Stern-Reporter Bernhard Albrecht initiierte Bundestagspetition online, die eine „Gesundheitsreform für eine bessere Pflege zum Schutz der Pflegebedürftigen“ fordert. Innerhalb von 28 Tagen muss eine solche Petition 50 000 Mitzeichner*innen gewinnen, damit es im Bundestag eine öffentliche Anhörung gibt. Das war in diesem Fall schon nach einem Tag erreicht, als es über 60 000 Unterschriften gab. Bei Drucklegung dieses Rundbriefes war der Stand über 200 000.

Die Petition fordert: endlich bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte!

1. Mehr Zeit für Patient*innen. Verlässliche Arbeitszeiten. Entlastung von Bürokratie. Personalschlüssel nach echtem Bedarf. Sofortiges Handeln bei Unterbesetzung.
2. Aufwertung des Berufsbildes: höhere Gehälter, Zulagen und Entlohnung von Weiterqualifizierung. Mehr Entscheidungsmöglichkeiten an Patient*innen. Bessere Karrierechancen.
3. Konsequente Abkehr von Profitdenken und ökonomischen Fehlanreizen durch eine Gesundheitsreform.

Attac vertritt ähnliche Forderungen seit langem und hat im Kontakt mit Bernhard Albrecht die Initiative von Anfang an mitgetragen. In der Begründung der Petition wird darauf hingewiesen, dass „der hohe ökonomische Druck und das Abrechnungssystem nach ‚Fallpauschalen‘“ in den Kliniken eine Situation schaffen, die nur auf Gewinn ausgerichtet ist: „Mehr ‚Fälle‘ bedeuten mehr Geld.“

Die Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups – DRGs) geraten in jüngster Zeit zurecht immer mehr in Verruf. Sie funktionieren in etwa so, dass Durchschnittskosten für die Behandlung bestimmter Diagnosen festgelegt werden, was Anreize schafft, zum einen diese Margen zu unterschreiten, zum anderen die Fallzahlen zu steigern und sie auch in kürzerer Zeit „abzuarbeiten“. Bei ihrer Einführung im Jahr 2003 wurde das damit begründet, dass so die Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser gesteigert werden solle. Tatsächlich trat ein, was Attac schon in der Kampagne „Gesundheit ist keine Ware“ im Jahr 2002 vorausgesagt hatte: Das Krankenhaussystem wurde teurer, weil Gewinne daraus abgezogen wurden, und sowohl die Arbeitssituation der Beschäftigten wie die Behandlung der Patient*innen verschlechterte sich. Über-, Unter- und Fehlversorgung wurden Alltag.

Trotzdem blieben wir jahrelang ziemlich einsam mit unserer Kritik an den Fallpauschalen. Seit einigen Jahren leistet das Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“, an dessen Zustandekommen wir intensiv mitgearbeitet haben, wertvolle Aufklärungsarbeit, die inzwischen Früchte trägt. Die Broschüre des Bündnisses zum Thema erscheint mittlerweile bereits in 5. Auflage und wird online viel abgerufen. Im September 2019 hatte der Stern schon einmal einen Ärzteappell gegen den „pauschalengerechten Patienten“ veröffentlicht, dem sich mehr als 2800 Ärztinnen und Ärzte angeschlossen haben. Inzwischen fordern auch Vertreter*innen der Ärzteschaft, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und der Wissenschaft das Ende der Fallpauschalen. Das ist ein Erfolg, an dem Attac maßgeblichen Anteil hat.

Wir werden im Laufe des Jahres das Thema weiterverfolgen. Aktuell schlagen zum Beispiel die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Bremen die dauerhafte Herausnahme der Kinder- und Jugendmedizin sowie der Kinderchirurgie aus dem Fallpauschalensystem vor. Das wäre nach der Herausnahme der Pflege die nächste große Bresche, die dort geschlagen würde, und wir werden uns stark dafür einsetzen, dass es dazu kommt. Die komplette Abschaffung des DRG-Systems ist überfällig; das weist auch der Pflegewissenschaftler Michael Simon in einer umfassenden Studie für die Hans-Böckler-Stiftung im Detail nach.

An Stelle der Fallpauschalen ist ein Finanzierungssystem für die Krankenhäuser notwendig, das die tatsächlichen Kosten abdeckt und das die Entnahme von Gewinnen verbietet. Sollten überhaupt Gewinne anfallen, was man als Ziel eines Krankenhauses aus guten Gründen ablehnen kann, dann müssen diese ins Gesundheitssystem zurück investiert werden. Wirtschaftliches Arbeiten der Häuser sollte über geeignete gesetzliche Vorgaben und Budgetkontrollen sichergestellt werden.

Mehr zur Petition: link.attac.de/petition-pflege

Link zur Broschüre „Krankenhaus statt Fabrik“: krankenhaus-statt-fabrik.de/196

Link zur Studie von Michael Simon: boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_196_2020.pdf

In diesem Sinnen werdet ihr in den nächsten Monaten noch öfter von uns hören.

Dagmar Paternoga und Werner Rätz, Attac-AG Soziale Sicherungssysteme